

Politische Bücher

Im Westen viel Neues

Doch in Heinrich August Winklers Meisterwerk über den „zweiten dreißigjährigen Krieg“ fehlt der rote Faden

Historische Gesamtdarstellungen sind eine deutsche Spezialität. Der Drang danach hängt wohl auch damit zusammen, dass man unsere zersplitterte und durch immer neue Anläufe gekennzeichnete Geschichte auf diese Weise in Zusammenhang zu bringen und zu erklären versucht. Wer aber ist „wir“ im Zeitalter der europäischen Einigung und der Globalisierung? Für Heinrich August Winkler sind „wir“ heute vor allem ein Teil des „Westens“, und so hat er die deutsche Geschichte der vergangenen beiden Jahrhunderte als „Weg nach Westen“ beschrieben. Nun legt er den zweiten Band seiner monumentalen „Geschichte des Westens“ vor, dessen Teil die Deutschen seit jeher gewesen seien, wenn auch in einer spezifischen, komplizierten Weise. Dieses Spannungsverhältnis prägt dieses Buch, das den Zeitraum von 1914 bis 1945 thematisiert. Von den 1300 Seiten, die Winklers Buch umfasst, sind etwa 500 der deutschen Geschichte gewidmet, etwa 150 der Sowjetunion, jeweils etwa einhundert den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich und Italien, knapp 50 Japan und etwa 200 Seiten den anderen europäischen Staaten.

Die Perspektive ist überwiegend, ja fast ausschließlich nationalgeschichtlich, wobei die Entwicklungen in den behandelten Staaten für die jeweilige Zeitphase ineinander verschränkt sind. Ein Beispiel: Im dritten Teil über Demokratie und Diktaturen von 1933 bis 1939 beginnt Winkler mit der Präsidentschaft Roosevelts und den Anstrengungen des *New Deal*, danach folgt die ausführliche Schilderung der nationalsozialistischen Machtergreifung in Deutschland, dann ein Kapitel über das faschistische Italien (mit einer eindrücklichen Schilderung des Abessinien-Krieges, den Winkler als „an Völkermord grenzenden rassistischen Vernichtungskrieg“ charakterisiert). Danach jeweils etwa 20- bis 30-seitige Kapitel über den Großen Terror in der stalinistischen Sowjetunion, über die Stabilisierung des nationalsozialistischen Deutschlands und seine Außenpolitik, die britische Gesellschaft und die Appeasement-Politik sowie die Polarisierung zwischen links und rechts in Frankreich. Es folgen ein langer Abschnitt über den Spanischen Bürgerkrieg, eine Analyse der Lage der Tschechoslowakei und Polens unter deutscher Bedrohung, ein Kapitel über die Vereinigten Staaten und ihre Distanzierung gegenüber dem „Dritten Reich“, schließlich die Judenpogrome in Deutschland, die deutsche Expansionspolitik von 1938/39, sodann die Entfesselung des Zweiten Weltkriegs.

Winkler konzentriert sich auf die Politikgeschichte im engen Sinne. Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur – Hochkultur wie Sozialkultur – werden knapp oder gar nicht behandelt. Das hat seine Kosten, aber auch unübersehbare Vorteile. Mit diesem Buch liegt die maßgebliche Darstellung der politischen Geschichte Europas und der Vereinigten Staaten in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vor: unübertrefflich in ihrer Klarheit und Prägnanz; gekennzeichnet durch souveräne Sachkenntnis, ausgewogene Urteile sowie glänzenden, weil ruhigen und unaufdringlichen Stil.

Selbstverständlich ist das „konventionell“. Nichts würde Winkler weniger beeindrucken als ein solcher Vorwurf, auch weil er die Konventionen, denen er hier folgt, in seinen vorangegangenen Büchern Stück für Stück ja selbst maßgeblich mit entwickelt hat – von der dickleibigen Geschichte der Sozialdemokratie in den Weimarer Jahren über die Geschichte der Weimarer Republik und den deutschen „Weg nach Westen“ im 19. und 20. Jahrhundert bis hin zu diesem, auf drei Bände angelegten Projekt – ein Programm suk-

zessiver Erweiterung. Hier, in der Phase des „zweiten dreißigjährigen Krieges“ (die Reichweite dieser Metapher rückt er am Ende des Buches etwas zurecht) ist Winkler nun am thematischen Kern seines Wirkens angekommen: Erster Weltkrieg, Oktoberrevolution, Nationalsozialismus, Zweiter Weltkrieg und Holocaust. Der bislang auf Deutschland konzentrierte Blick wird in diesem Band auf Europa und die Vereinigten Staaten ausgedehnt. Im Mittelpunkt steht, unvermeidlich, aber doch Deutschland. Der Band ist gewissermaßen um den deutschen Kern herum konzipiert worden.

Neben den drei Diktaturen in Deutschland, Italien und der Sowjetunion stehen die drei westlichen Großmächte im Vordergrund. Winkler verschweigt nicht deren Widersprüche und Probleme, analysiert das Vorgehen der europäischen Mächte in ihren Kolonien ebenso wie die aus der Furcht vor dem Bolschewismus geborene, allzu weiche Haltung ihrer Regierungen und Eliten gegenüber dem Fa-

Politikgeschichte allein über die inneren Bindekräfte und die Dynamiken der gesellschaftlichen Veränderungen auch in diesen Ländern kaum Aufschlüsse gibt.

In der Analyse von Demokratien wie Frankreich, den Vereinigten Staaten oder Großbritannien entfalten sich die Gründe für ihren Zusammenhalt und das Funktionieren zivilgesellschaftlicher Strukturen nicht durch die Betrachtung der Politik der Kabinette. Die Geschichte Frankreichs in den zwanziger Jahren etwa erscheint auf diese Weise als eine Abfolge von Regierungstürzen, Streiks und Unruhen, und man kann sich nur wundern, wieso sich dieses Land bis zur deutschen Besetzung 1940 als Demokratie erhalten konnte. Die Erklärungen, die Winkler gibt, beziehen sich vor allem auf die demokratische Tradition. Aber wie schlägt sich das in gesellschaftlichem Handeln nieder? Warum blieb Großbritannien trotz der enormen sozialen Widersprüche (und des blutigen Irland-Konflikts) durchgehend eine funktionierende, konsense-

Abwendung von der Idee des liberalen Kapitalismus in den dreißiger Jahren in nahezu allen Ländern Europas und in einer spezifischen Weise in den Vereinigten Staaten zu, als selbst die Intellektuellen weder Marktwirtschaft noch Demokratie große Zukunftschancen einräumten. Die europäische Geschichte ist gewiss ohne starke Berücksichtigung der Entwicklung in den Nationalstaaten nicht verständlich. Aber ohne Analyse der nationenübergreifenden Prozesse ist sie es ebenso wenig.

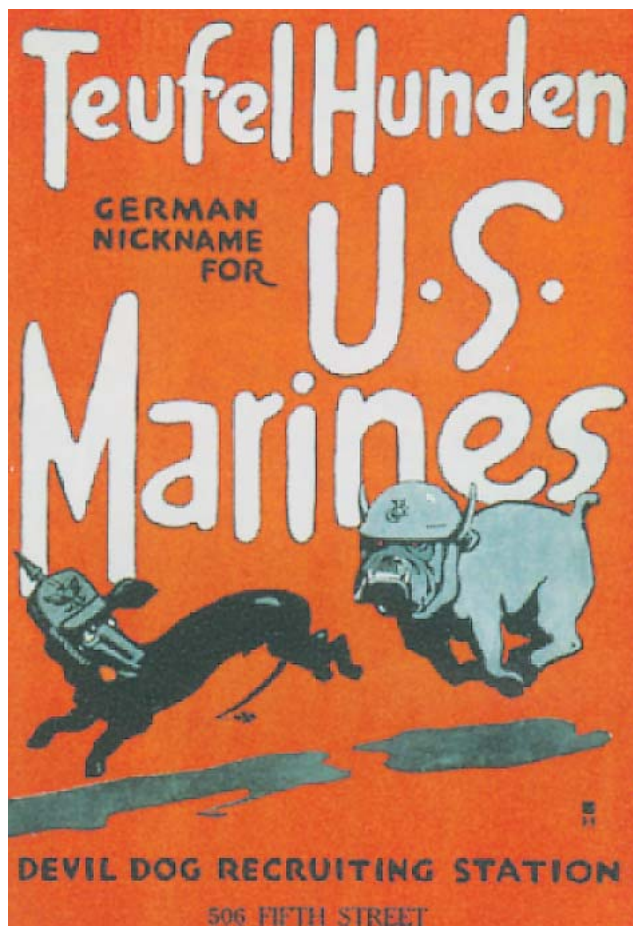
Schließlich der „Westen“. Winkler versteht ihn hier als im Verlaufe der Geschichte durch das Aufkommen des Monotheismus angelegte, im Christentum begründete, durch die Spaltung in Ost- und Westkirche differenzierte und durch Amerikanische und Französische Revolution normativ definierte Wertgemeinschaft. Die Verwendung dieses Begriffs ist schon nach Erscheinen des ersten Bands auf manche Einwände gestoßen. Jürgen Osterhammel hat ihn als theorieleise, unhistorische Kategorie *ex post* kritisiert, durch die der kurze „historische Moment, als Westeuropa und die anglofonen „Neo-Europes“ den Globus dominierten, zum weltgeschichtlichen Maßstab aller Dinge“ gemacht wurde. Dieser kurze historische Moment ist nun Gegenstand dieses Bandes, und es wirft Fragen nach der Leistungskraft des Konzepts auf, wenn weit mehr als die Hälfte dieses Bandes den drei großen Weltanschauungsdiktaturen in Italien, der Sowjetunion und Deutschland und den von diesem Regimen begangenen Massenverbrechen gewidmet wird und werden muss. Berücksichtigt man auch noch die Gewalttaten in den Kolonien der „westlichen“ Länder, stellt sich die Frage nach der normativen Kraft des Begriffs vom „Westen“ noch nachdrücklicher. Was gewinnt man, wenn auf diese Weise die Geschichte des „Westens“ jedenfalls in dieser Darstellung als ununterbrochener gewaltsamer Verstoß gegen die eigenen Prinzipien dargestellt wird? Eine positive Identität des Westens wird auf diese Weise kaum erkennbar – vielleicht nur insofern, als offene, pluralistische Gesellschaften die Möglichkeit besitzen, sich selbst zu kritisieren und so Wandlungsprozesse einzuleiten.

Auch die Einbindung der deutschen Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts in eine übergreifende Geschichte des Westens ist nur insofern erklärungskräftig, als das nationalsozialistische Regime wie die sowjetische Diktatur vor allem als radikaler Gegenentwurf zu den Prinzipien von Demokratie, Rechtsstaat und Liberalität zu verstehen sind. Dass die Deutschen „eigentlich“ dem Westen zugehörten, das „Dritte Reich“ aber nicht, ist als identifikatorisches Hilfsmittel hingegen offenkundig nicht tragfähig.

Erst die Lektüre des Buches ermöglicht solche Überlegungen und Einwände, provoziert sie geradezu. Und die Frage einer retrospektiven Einheit des Westens wird zweifellos umstritten bleiben. Andererseits kann man Winklers Buch auch ohne solche Verweise mit großem Gewinn lesen. Nimmt man es als eine einander verwobene Politikgeschichte der europäischen Großmächte und der Vereinigten Staaten, so hat man hier eine Darstellung, wie man sie klüger, genauer und umfassender kaum denken kann. Sie schließt die notwendigen Erweiterungen in die Gesellschafts- und Kulturgeschichte oder die Wirtschaftsgeschichte ja ebenso wenig aus wie Vergleiche oder die Untersuchung transnationaler Entwicklungen. Winkler bietet die politikgeschichtlichen Grundlagen, aber das auf höchstem Niveau. Ein Meisterwerk mit limitierter Reichweite gewiss, aber ein Meisterwerk.

ULRICH HERBERT

Heinrich August Winkler: *Geschichte des Westens. Band 2: Die Zeit der Weltkriege 1914–1945*. Verlag C. H. Beck, München 2011. 1350 S., 39,95 €.



Werbeplakat der amerikanischen Marine-Infanterie aus dem Jahr 1917

Abbildung aus: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Herausgeber): *Das Zeitalter der Weltkriege*

schismus Mussolinis und dem Nationalsozialismus Hitlers. Aber verglichen mit der in den großen Diktaturen entfaltenen Dynamik der Gewalt in diesen Jahren, sind das doch nachgeordnete Probleme. Das liegt auch daran, wie Winkler die Politik Italiens, der Sowjetunion und vor allem Deutschlands beschreibt. Es gibt, soweit übersehbar, keine andere Gesamtdarstellung, in denen die Verbrechen der großen Diktaturen so eingehend, genau und schonungslos dargestellt werden wie hier. Das gilt für die stalinistischen „Säuberungen“ in Partei und Militär und die Millionen Toten des Gulag ebenso wie für die italienische Kriegführung in Nordafrika und die deutsche Vernichtungspolitik in Osteuropa. Gegenüber der Wucht und Eindringlichkeit dieser Kapitel fallen die den westlichen und den anderen europäischen Staaten gewidmeten Passagen etwas ab – nicht im Hinblick auf Solidität und Akribie der Darstellung, sondern in Bezug auf ihre Dramatik.

Hier werden die Kosten des von Winkler gewählten Ansatzes deutlich. Denn der Charakter der großen Diktaturen des 20. Jahrhunderts lässt sich durch die Darstellung ihrer verbrecherischen Politik gewiss treffend beschreiben – obwohl die

tragene Gesellschaft, deren Zusammenhalt während des Zweiten Weltkriegs ein wesentlicher Faktor des Sieges wurde? Solche Fragen sind ohne gesellschafts- und kulturgeschichtliche Analysen nicht zu beantworten.

Hier zeigen sich die Grenzen der Erklärungskraft einer auf die Politik bezogenen Darstellung. Zudem stehen die einzelnen nationalgeschichtlich angelegten Kapitel weitgehend additiv nebeneinander. Sie sind miteinander durch die Gleichzeitigkeit des Geschehens verbunden, nicht durch einen roten Faden, der die einzelnen Kapitel analytisch miteinander verknüpft. Das ist bedauerlich, denn Winklers so kenntnisreiche Darstellung lädt zu Vergleichen und transnationalen Untersuchungen geradezu ein. Das gilt etwa für die Faszination und Beängstigung durch die moderne Massenkultur in den zwanziger Jahren, die sich rasch ausbreitet und massive Gegenreaktionen überall in Europa herausfordert – in nationalen Kategorien allein ist das kaum darstellbar. Das gilt ebenso für die Weltwirtschaftskrise, deren Auswirkungen in den europäischen Ländern ebenso durch Gemeinsamkeiten wie durch kennzeichnende Unterschiede geprägt waren. Das trifft auf die

Basis gegen Funktionäre?

Funktion und Organisation der deutschen Parteien

Dem gestörten Vertrauensverhältnis zwischen Bürgern und Parteien in Deutschland geht Frank Decker nach. Seine kompakte und luzide Einführung umfasst Funktionsanalysen der Parteien, den Wandel des Parteiensystems, Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Entwicklung in Europa, Parteien im Staat und als Organisation sowie deren Wettbewerb untereinander. Die Kritik an Parteien kann auf eine lange Tradition zurückblicken, am Ausgangspunkt „steht die Diskrepanz zwischen den schwächer werdenden gesellschaftlichen Wurzeln der Parteien und dem Ausbau ihrer staatlichen Machtbasen“, schreibt der Bonner Politikwissenschaftler.

Dass Parteien als Regierungsinstitutionen „in eigener Sache“ entscheiden und sogar mit der Konkurrenz ein Kartell bilden könnten, sei heikel. Und über ihre Akzeptanz würden die erbrachten Leistungen entscheiden: „Bleiben diese hinter den Erwartungen zurück, dürfte auch die Bereitschaft der Bürger sinken, die Macht- und Organisation der Parteien als notwendiges Übel hinzunehmen.“ Hier weist Decker auf die Ausdehnung der staatlichen Parteienfinanzierung hin, aber auch auf das Rekrutierungsmonopol des politischen Personals und die Ämterpatronage. Bei der Besetzung von Positionen nach Parteibuch unterscheidet er zwischen Herrschaftspatronage, die der Loyalitäts- und

Machtsicherung dient, und Versorgungspatronage, die verdiente Parteigänger mit Posten belohnt. Ämterpatronage finde vor allem „im vorgouvernementalen Bereich“, in Rundfunkanstalten und öffentlichen Unternehmen, statt und „nicht“ (wohl eher: kaum) in der Ministerialbürokratie.

Was die innerparteiliche Demokratie betrifft, so empfiehlt der Autor den beiden Noch-Volksparteien eine Öffnung für Nichtmitglieder, „die ein Mittel sein könnte, um Quer- und Seiteneinsteiger zu rekrutieren“. Dadurch verliert die Mitgliedschaft selbst an Wert, ebenso wie sich mehr Basisdemokratie durch Urwahlen und Mitgliederentscheide zu Lasten der mittleren Funktionärschicht auswirkt, die auf Parteitage über Personal- und Sachfragen abstimmt. Decker setzt auf eine Aktivierung der einfachen Mitglieder, die den Wettbewerb der Parteien belebt, jedoch die Führungsspitzen stört, die sich in den Strukturen der eigenen Organisation eineln: „Dabei sind die Integrationsleistungen der Parteien als Willensbildungsorgane, ihre Fähigkeit, die Interessen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen abzugleichen und programmatisch zusammenzubinden, heute mehr denn je gefordert.“ RAINER BLASIUS

Frank Decker: *Parteien und Parteiensysteme in Deutschland*. W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart 2011. 131 S., 14,90 €.

Briefe an die Herausgeber

Gül und die fortschrittliche Demokratie

Zum Gespräch mit Abdullah Gül „Deutschland ist ein Einwanderungsland“ (F.A.Z. vom 16. September): Der türkische Staatspräsident kritisiert die deutsche Asyl- und Einwanderungspolitik. Ausgerechnet der Repräsentant eines Staates, der vor ordentlichen deutschen Gerichten in Zigttausenden Asylverfahren überführter Menschenrechtsverletzungen überschert wurde, wagt es, Deutschland zu kritisieren. Deutschland hat Milliarden von D-Mark und Euro für den Schutz von Türken vor ihrem Staat und den jeweiligen Machthabern und den Unterhalt der Opfer aufwenden müssen. Unser Bildungssystem war und ist immer noch durch die Folgen der türkischen Politik extrem belastet.

Statt Deutschland mit Vorwürfen zu überhäufen, wäre eine Entschuldigung angebracht und eine nicht zu knappe Aufwandsentschädigung zu zahlen. Wie wenig Gül mit den Gedanken einer fort-

schriftlichen Demokratie vertraut ist, obwohl er davon plappert, zeigt sein im Interview benutztes Beispiel. Da kritisiert er doch tatsächlich, dass Deutschland beim Import von türkischen Bräuten etwas genauer hinschaut. Noch mehr Macho geht ja wohl kaum. Gül will uns doch hoffentlich nicht erzählen, dass die Frauen nach Deutschland geholt werden, weil sie so fortschrittliche Gedanken zu Demokratie und Emanzipation haben, wie er fordert! An solchen demokratisch gebildeten Frauen mangelt es nämlich dank der deutschen Gesellschaft und Bildung hier sicherlich nicht. Die werden aber, wie Untersuchungen gezeigt haben, nicht so gerne geheiratet. Die Äußerungen Güls waren seit Tagen zu lesen. Wann wird sich endlich mal ein deutscher Politiker zu den Vorwürfen äußern und sie scharf zurückweisen?

STEPHAN GANSS, OFFENBACH

Bildung ist ein seltenes und besonderes Ereignis

Zum Artikel „Die sanfte Steuerung der Bildung“ (F.A.Z. vom 29. September): Jochem Krautz entlarvt, was die Bildungs-Reformen der letzten Jahrzehnte waren: Top-Down-Formen „sanfter“ Herrschaft. Diese Herrschaft macht nicht nur die Bildung zur Ware und die Hochschulen zu Unternehmen, sondern fordert Menschen in ihrem Innersten um. Sie sollen der Hoffnung beraubt werden, dass es einen Ausweg aus der kapitalistischen Verwertungslogik geben könnte. Es geht, wie Krautz dankenswerterweise aufdeckt, um die Schwächung von Widerstandspotential und Kritikfähigkeit, personell wie institutionell. Gleichzeitig werden die Uhren weit hinter einmal geteilte pädagogische Grundhaltungen zurückgedreht. Im Ausbildungswahn gehen sozial- und reformpädagogische Bildungsideale sang- und klanglos über Bord.

Wer heute in Bildungsinstitutionen nach deren Bildungsidee fragt, stößt nicht selten auf Achselzucken und wird als Sozialromantiker belächelt. Denn an die Stelle von Bildungshumanismus ist „Employa-

bility“ getreten. Was dies bedeutet, müssen wir als Hochschullehrer tagtäglich erleben. Bildung ist nicht die Regel, sondern ein seltenes, ein besonderes Ereignis geworden. Nicht nur unter Studierenden, sondern unter uns vermeintlich „Gebildeten“ selbst. Wie konnte dies so weit kommen? Nicht nur die Steuerung von oben oder die Aussicht auf eine vermeintlich zeitgemäße Bildung haben uns mitmachen lassen. Auch unsere intellektuelle Überheblichkeit mag dazu beigetragen haben, die Ausmaße zu unterschätzen und zu meinen, den Prozess noch irgendwie steuern zu können. Die Dynamik lautete: Wer nicht im vorgegebenen Sinne mitmacht, ist außen vor!

Gibt es einen Ausweg? Dazu schreibt Krautz leider nichts. Vielleicht müssen wir jetzt subversiver werden, um Dinge unter die Oberfläche zu retten, die auf der Oberfläche keinen Raum mehr haben. Es ist noch nicht zu spät. Deshalb: Habt Mut, euch zu bilden.

PROFESSOR DR. CARSTEN MÜLLER, EMDEN
PROFESSOR DR. BETTINA UHLIG, HILDESHEIM

Schweigende Mütter und radebrechende Väter

Zu „Irritierendes Verhalten vieler Migrantenkinder“ von Uta Rasche (F.A.Z. vom 4. Oktober): Ich bin Lehrer an einem kleinstädtischen westfälischen Gymnasium und beobachte sogar hier genau das beschriebene „irritierende Verhalten vieler Migrantenkinder“. Großmülig, vor allem die Mädchen einschüchternde türkische Jungen, zunehmend Mädchen, die ihren Kopf verhüllen, die das Tuch selbst im Sportunterricht nicht ablegen wollen und sich dabei ganz bewusst selbst stigmatisieren und den Kontakt zu ihren deutschen Mitschülern aufgeben. An den Elternsprechtagen begegne ich, sofern sie denn erscheinen, mangels Deutschkenntnissen

meist schweigenden Müttern, radebrechenden Vätern und meine Worte ich weiß nicht wie übersetzenden Kindern. Solange dies so ist, solange türkische oder arabische Kultur völlig selbstverständlich parallel gelebt werden kann, wird sich nichts ändern. Die Eltern der Schüler, die ich habe, müssen ins Boot gezwungen werden, müssen Grundsätze unseres familiären und gesellschaftlichen Konsens kennen, akzeptieren und übernehmen lernen. Wer sich verweigert, sollte dies durch empfindliche Einbußen an staatlicher und offener städtischer Stütze zu spüren bekommen.

DR. PHIL. JÖRG KALTWASSER, SOEST

Wertvolle Mitarbeiterinnen für Unternehmen

Zu „Im Gespräch Matthias Saenger, Personalberater in Frankfurt – ‚Wir sind eine Spießergesellschaft‘“ (F.A.Z., „Beruf und Chance“ vom 24. September) zum Thema Frauen in Führungspositionen: Gerne möchte ich auf die Realität hinweisen, dass man es sich als Mutter nicht aussucht, nicht in den Job zurückzukehren. Es ist vielmehr so, dass man die Möglichkeit dazu gar nicht bekommt. Ich selbst habe zwei juristische Staatsexamina und Berufserfahrung in einer Bank. Mein Weg ging steil nach oben. Nun bin ich Mutter geworden, und keiner möchte mich mehr einstellen, da ich erst einmal nur maximal fünf Stunden täglich arbeiten möchte. Ob das Luxus ist? Wer soll denn bitte schön heute die Kinder bekommen? Sollen wir sie nur schnell kriegen und dann der Obhut von Nannys, Krippen, Kindergärten und Horten bis in die späten Abendstunden überlassen?

Was für Kinder ziehen wir uns denn damit heran? Mir scheint, die obengenannten Autoren haben keinerlei Erfahrung mit Kindern. Mein Sohn ist ein Jahr alt und hängt an seiner Mutter. Auch er ist in einer Krippe, damit ich wieder ein paar Stunden arbeiten gehen kann. Nur sagt mir jeder ab, dem ich mein Anliegen unterbreite. Wenn ich jedoch Vollzeit arbeiten gehe und mein Mann auch, würden wir un-

ser Kind vielleicht gerade noch beim Ins-Bett-Gehen sehen. Ist es das, was suggeriert werden soll? Und wer soll ihn denn ins Bett bringen, wenn wir es zeitlich gar nicht mehr schaffen? Die Frauen stecken doch in einem Dilemma. Wenn sie wieder voll arbeiten gehen, sind sie Rabenmütter. Wenn sie erst gar keine Kinder bekommen, egoistische Emanzen. Möchten sie die Kinder aber verantwortungsvoll großziehen, sind es Sozialschmarotzer, die vom Staat auch noch gefördert werden! Und nun regt Saenger an, die Familienversicherung zu streichen? Ich spreche wohl für viele Frauen in meiner Situation, wenn ich die Frauenvorstandsquote für überflüssig halte. Die Masse wäre bestimmt über eine Quote erleichtert, das Unternehmen dazu verpflichtet, Teilzeitmütter einzustellen. Sie würden vielleicht über die Vielzahl Mütter staunen, die da plötzlich arbeiten wollte. Ich kenne tatsächlich keine Mutter, die nicht ein ähnlich gelagertes Problem hat. Alle sind gut ausgebildet, und keiner will sie haben, da sie nur Teilzeit arbeiten können und wollen.

Dass Mütter perfekt organisiert sind und sich unglaublich fokussieren können und damit für Unternehmen wertvolle leistungsfähige Mitarbeiterinnen sind, interessiert leider niemanden.

ULRIKE HARTMANN, FRANKFURT AM MAIN

In Deutschland noch mehr konsumieren?

Mit zunehmendem Druck verlangen EU-Vertreter, die reichen Deutschen sollen tunlichst mehr konsumieren, um ihren Außenhandelsüberschuss zu verringern. Doch: die entscheidenden Zahlen verweisen auf andere Länder. Als kürzlich durch die Medien ging, dass die Deutschen immer reicher werden, schämte man sich fast vor den anderen großen Ländern. Gottlob brachte die F.A.Z. vom 15. September zwar einige Zahlen zu diesem Thema, doch der eigentlich notwendige Kommentar blieb aus. Das durchschnittliche Geldvermögen der Deutschen ist zwar groß, doch noch reicher als wir sind sowohl die Italiener und Franzosen, dann kommen mit einem Sprung die Engländer und Belgier, und noch viel mehr besitzen die Japaner und Amerikaner. Bei allen diesen Ländern liegt demnach noch wesentlich mehr Potential zur Konsumsteigerung. Sieht man das bei der EU nicht?

Die Zahlen liefern noch einen anderen Aspekt: Ausgerechnet bei Ländern, die mehr persönliches Geldvermögen haben, wie Italien, Belgien, Japan, Vereinigte Staaten, aber auch Frankreich, ist die staatliche Verschuldung in Prozent des BIP wesentlich höher als in Deutschland. Bei gefährdeten Ländern wie Italien wäre es deshalb konsequent, das Missverhältnis zwischen persönlichem Vermögen und staatlichen Schulden durch steuerliche Maßnahmen zu korrigieren. Es ist geradezu erstaunlich, dass derartige logische Zwänge überhaupt nicht diskutiert werden, obwohl sie sehr positive Konsequenzen für die Stabilität des Euro hätten. Was den geforderten zusätzlichen Konsum betrifft, so können wir uns nur wünschen, dass in Deutschland und manchen anderen Ländern weniger konsumiert und stattdessen mehr in die Altersvorsorge gesteckt wird, wo es bald große Defizite geben wird.

PROFESSOR DR. KARL-ERNST BEHRE, SANDE

Krisenregion Zentralasien

Plädoyer gegen Europas außenpolitische Mattigkeit

Unter Rückgriff auf die mythenreiche Geschichte der geopolitischen Rivalität zwischen England und Russland um Macht und Einfluss in Zentralasien und Nordindien während des 19. Jahrhunderts baut Klaus W. Grewlich die zentralasiatischen Konfliktkulissen der Gegenwart auf: Unterdrückung und Zwang im Inneren; verrottende Infrastruktur; enormes Ausmaß an staatlicher Korruption; weitreichende Überschneidungen von Politik und organisierter Kriminalität; Energiereichtum, der das besondere Interesse der regionalen Großmächte Russland und China sowie der Vereinigten Staaten auf sich gezogen hat; sich abzeichnende intra-regionale Wasserkonflikte, die untrennbar mit selbstgemachten Umweltproblemen von potentiell katastrophalen Ausmaßen verbunden sind; zu erwartende Folgeprobleme des Abzugs der internationalen Stabilisierungstruppen aus Afghanistan.

Die schier unlösbare geopolitische Problemverknötung nimmt der Autor als realistische Ausgangslage für ein Plädoyer an die Adresse der Europäer, Zentralasien nicht sich selbst und anderen Interessenten zu überlassen, sondern die eigenen Interessen ins Spiel zu bringen. Diese konzentrieren sich auf die Öl- und Gas-Ressourcen in der Region, denn Europa bleibt, aus verschiedenen Gründen, noch viel zu tun, um eigene Energiesicherheit

zu erreichen. Im diplomatischen Dienst konnte Grewlich persönliche Erfahrungen in Zentralasien sammeln. Das kommt dem ganz nüchtern geschriebenen ersten Teil sehr zugute.

Im zweiten Teil wird diese Nüchternheit merklich aufgeweicht. Hier geht es um „Governance“, was ein etwas glitschiger Begriff ist. Ob man damit wirklich die regionalen Probleme entknoten kann, sei dahingestellt. Aber schön wäre es, gäbe es einen verstärkten – und erfolgreichen – Außendruck auf die regionalen Akteure, in ihren Staaten mehr Rechtsstaatlichkeit zu etablieren, würde ein multilateraler Energie-Vertrag die Interessen aller Beteiligten optimieren und käme es schließlich zur regionalen Kooperation zwecks Regelung der gemeinsamen Wassernutzung. Immerhin nimmt man dem Autor ab, dass die EU eher als andere Akteure die zentralasiatischen Regierungen dazu bringen könnte, sich schrittweise auf solche Governance-Perspektiven einzulassen. Allerdings beklagt er die Mattigkeit, mit der die Regierungen Europas und die EU ihre Ziele in dieser Region verfolgen. Ob realistische Aussichten bestehen, dass sich dies in naher Zukunft ändern kann, muss bezweifelt werden.

WILFRIED VON BREDOW

Klaus W. Grewlich: *Geopolitik und Governance*. Energie, Wasser, Herrschaft des Rechts in Zentralasien und Afghanistan. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2011. 163 S., 49,- €.